E&M daily
DIE TAGESZEITUNG FÜR DEN ENERGIEMARKT

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

16,13 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

45,33 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

99

Prozent der Grünen-Wähler haben in einer repräsentativen Befragung für einen stärkeren Ausbau der Erneuerbaren votiert. Über alle Wählerpräferenzen hinweg waren es noch 76 Prozent.

EUROPA
EU-Parlament hat ETS2 auf der Agenda

GAS
Die Verzögerungen im LNG-Export kumulieren sich

ELEKTROFAHRZEUGE
Netze BW testet netzorientiertes Laden für E-LKW-Flotten

Inhalt

TOP-THEMA
→ **WINDKRAFT ONSHORE:** Auch der BWE kritisiert Reiches Kurs der Energiepolitik

POLITIK & RECHT
→ **EUROPA:** EU-Parlament hat ETS2 auf der Agenda
→ **KERNKRAFT:** Tschernobyl-Heimatland will viele neue Meiler bauen
→ **AUS DER AKTUELLEN AUSGABE:** Kommentar: Atomkraft ohne Zukunft
→ **REGENERATIVE:** Umfrage zeigt breite Zustimmung für Erneuerbare und Solarparks
→ **RECHT:** Bundestag beschließt schnellere Auftragsvergaben
→ **WINDKRAFT ONSHORE:** Bündnis drängt auf Wind-Vorrang für den Süden
→ **MOBILITÄT:** Bundestag und Bundesrat billigen Tankrabatt
→ **EUROPAEISCHE UNION:** Preiswerter Strom für Energiesicherheit

HANDEL & MARKT
→ **GAS:** Die Verzögerungen im LNG-Export kumulieren sich
→ **SMART METER:** Konsolidierung im wettbewerblichen Messstellenbetrieb

TECHNIK
→ **ELEKTROFAHRZEUGE:** Netze BW testet netzorientiertes Laden für E-LKW-Flotten
→ **KWK:** Wasserstoffmotor besteht Praxistest für Datacenter-Notstrom

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

→ **FERNWÄRME:** Wärmelieferung von Basel nach Weil technisch möglich
→ **FERNWÄRME:** Bald gewinnt Bielefelds Versorger Fernwärme aus Klärschlamm

UNTERNEHMEN

→ **GAS:** Niederländischer Gasförderer will vor Borkum aufdrehen
→ **STATISTIK DES TAGES:** Kleinanlagen liefern 58 Prozent der Solarleistung auf Dächern

MARKTBERICHTE

→ **MARKTKOMMENTAR:** Gerüchte und Politik drücken Preise

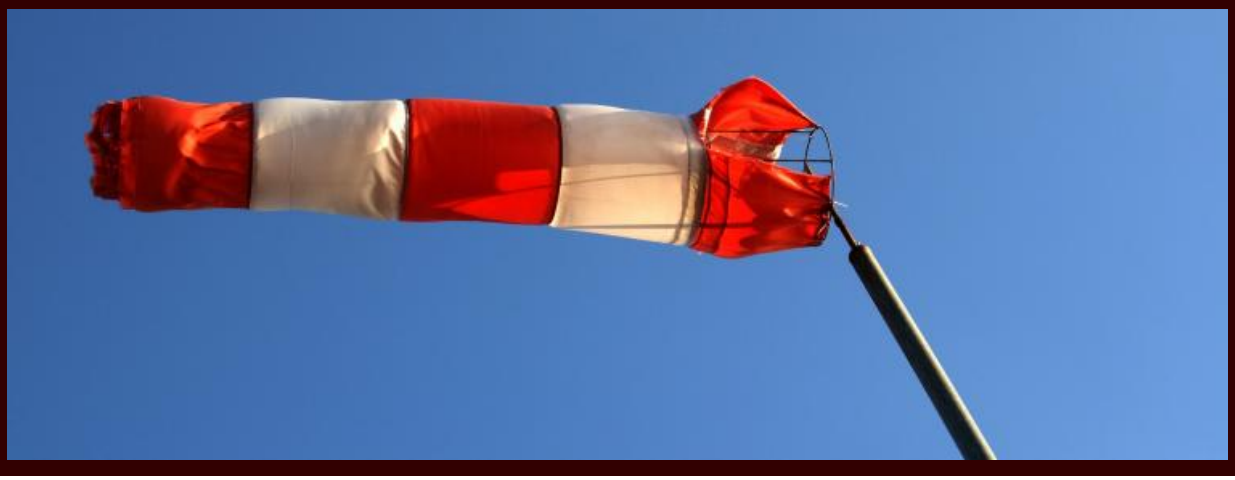
SERVICE

→ **ENERGIEDATEN**
→ **STELLENANZEIGEN**
→ **REDAKTION**
→ **IMPRESSUM**

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

★ TOP-THEMA

Auch der BWE kritisiert Reiches Kurs der Energiepolitik



Quelle: Fotolia / Mellimage

WINDKRAFT ONSHORE. Der Bundesverband Windenergie (BWE) hat in Berlin Verzögerungen bei Gesetznovellen gerügt und einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien zur Versorgungssicherheit gefordert.

Beim Policy Briefing am 24. April hat der Bundesverband Windenergie (BWE) vor weiteren Verzögerungen in der Energiepolitik gewarnt. Nach Angaben des Verbandes fehlen zentrale Entscheidungen für den Ausbau erneuerbarer Energien, obwohl zusätzliche Ausschreibungen für Windkraft an Land geplant seien.

Die Bundesregierung hatte als Folge der Energiekrise und gefährdeter Klimaziele zusätzliche Kapazitäten von 12.000 MW für die Windenergie an Land angekündigt. In den neuesten Ausschreibungen seien diese Mengen nicht aufgeführt oder sollten mit ohnehin geplanten verrechnet werden, sagte BWE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm. Er verwies zugleich darauf, dass die angekündigte Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) weiter ausstehe. Die Novelle ist gerade im Stadium des Referentenentwurfs.

Damit werde der Zeitraum bis zur parlamentarischen Sommerpause knapp. Parallel dazu liefen Debatten über das Netzpaket sowie über systemdienliche Maßnahmen im Strommarkt. „Deutschland steuert auf eine Versorgungskrise mit fossilen Brennstoffen zu“, warnte er. Als Gründe nannte Axthelm mögliche Einschränkungen von LNG-Exporten aus den USA, Lieferengpässe durch den Krieg im im Nahen Osten sowie den angekündigten Stopp von Erdöllieferungen aus Kasachstan über die russische Druschba-Pipeline.

Erneuerbare voranbringen

Erneuerbare Energien seien deshalb die verlässlichste Alternative und müssten schneller ausgebaut werden. Dies hat in dieser Woche auch der Rat der EU-Außenminister beschlossen. Er bezeichnete die Energiewende als wirksamste Strategie, um die strategische Autonomie Europas zu stärken. Auch die EU-Kommission habe mit ihrer „Accelerate-EU“-Mitteilung vom 22. April (siehe separate Meldung) den Ausbau heimischer sauberer Energiequellen als wirtschafts- und sicherheitspolitisch notwendig eingeordnet.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Für Deutschland schlug Axthelm kurzfristige Maßnahmen vor. So könne im kommenden Winter erneut die Schall- und Schattenabschaltung von Windkraftanlagen zeitweise ausgesetzt werden, um zusätzliche Strommengen bereitzustellen. Dies sei bereits nach Beginn des Ukrainekriegs praktiziert worden.

Wirtschaftsministerium bremst

Kritik übte der Verband am Referentenentwurf für das EEG 2027. Dieser enthalte gegenüber der Fassung vom Februar keine Verbesserungen. Nach Angaben des BWE fehlen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag wie Flexibilisierung des Stromsystems, Direktbelieferung, regionale Stromversorgung, Power Purchase Agreements (PPA), Energy Sharing und Bürgerenergie.

Neu vorgesehen seien dagegen niedrigere Höchstwerte in Ausschreibungen sowie nur noch drei reguläre Ausschreibungsrunden von 2027 an. Die zusätzliche Ausschreibung im Rahmen des EU-Net-Zero Industry Act (NZIA) schöpfe nicht die möglichen Mehrkapazitäten aus.

Der Verband kritisierte außerdem Änderungen am Referenzertragsmodell. Diese könnten den Ausbau in südlichen Bundesländern wirtschaftlich erschweren (siehe auch separate Meldung über einen baden-württembergischen Verbändeappell).

Der Windkraftausbau in den südlichen Bundesländern ist gefährdet - Für Vollbild auf die Grafik klicken
Quelle: BWE

Neue Gaskraftwerke behindern Batteriespeicher

Auch das geplante Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätsgesetz (StromVKG) bewertet der BWE kritisch. Das Gesetz befindet sich seit dieser Woche in der Ressortabstimmung. Vorgesehen seien Ausschreibungen für Langzeitkapazitäten und neue Erzeugungsanlagen mit langen Verpflichtungszeiträumen.

Die Anforderungen bevorzugten fossile Gaskraftwerke, während Batteriespeicher faktisch ausgeschlossen würden, erklärte der Verband. Ob die Kraftwerke „H2-ready“ sein würden, sei fraglich, da bis einschließlich 2045 Anlagen mit bis zu 550 Gramm CO2/kWh zugelassen sein sollen. „Das ist mehr, als heutige moderne Erdgaskraftwerke an Treibhausgasen ausstoßen, so Axthelm.

Weitere Sorgen bereiten der Branche laut BWE Vorhaben des Bundesbauministeriums. In der laufenden Novelle des Baugesetzbuchs (BauGB) sieht der Verband Risiken für Repowering-Projekte sowie für den Ausbau von Speichern nahe Umspannwerken wegen neuer Abstandsregeln.

Zusätzlich könne eine geplante Verwaltungsvorschrift zu Flugplätzen neue Flächenkonflikte für Windkraft auslösen mit unverhältnismäßig großen Mindestabständen zu den Flugschneisen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Reiche verteidigt Pläne

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) verteidigte zuletzt ihre Reformpläne. Ihr Haus (BMWE) wolle mit dem Netzpaket den Ausbau von Wind- und Solaranlagen stärker mit dem Netzausbau verzahnen, hieß es aus Berlin. Teure Abregelungen bei Netzengpässen sollen weniger werden.

Reiche erklärte, erneuerbare Energien seien das Rückgrat der Stromversorgung. Zugleich müsse die Energiewende bezahlbar bleiben und Versorgungssicherheit gewährleisten. Kritiker, darunter Teile der Branche und der SPD, sehen dagegen eine Fortführung fossiler Abhängigkeiten. // VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

POLITIK & RECHT

Quelle: EU/Christian Creutz

EU-Parlament hat ETS2 auf der Agenda

EUROPA. Das Europaparlament steht vor der Verabschiedung wichtiger Regelungen im CO2-Handel. Und für den 29. April ist eine energiepolitische Debatte vorgesehen.

Wenn sich die Europaabgeordneten am 27.bis 30. April zu ihrer Plenartagung in Straßburg treffen, stehen unter anderem Änderungen der Marktstabilitätsreserve für Gebäude und Straßenverkehr und die Energiekrise infolge des Irankriegs im Mittelpunkt.

Am Mittwoch wollen die Abgeordneten über die Freigabe der Marktstabilitätsreserve (MSR) im CO2-Handel für Gebäude und Verkehr (ETS2), der zum 1. Januar 2028 starten soll, abstimmen. Ziel ist es, Haushalte besser vor Preisschwankungen zu schützen. Daher sollen nach dem Willen des Umweltausschusses die Zertifikate aus der MSR im Fall eines Preisschocks einen Monat früher als von der Kommission vorgeschlagen freigegeben werden.

Der Umweltausschuss des Parlaments plädiert dafür, dass nicht zugeteilte CO2-Zertifikate nach 2031 in der MSR verbleiben. Außerdem soll die Preisobergrenze von 45 Euro pro Tonne CO2 über 2029 hinaus verlängert und an die Preise von 2026 angepasst werden. Die MSR war 2015 für den EU-Emissionshandel der Industrie und Energiewirtschaft (ETS1) eingeführt worden. Für das ETS2 wurde 2023 eine separate MSR geschaffen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Parlament unterstützt die geplante Anpassung für Wärme und Verkehr als wichtige Maßnahme zur Kostendämpfung. Auch die Sozialdemokraten begrüßen die Änderungen an der MSR, um Preisspitzen besser abzufangen. Außerdem setzt sich die SPD-Gruppe für gezielte Entlastungen einkommensschwacher Haushalte ein.

Am 29. April steht auch eine Debatte zu Europas Antwort auf Energiepreisschocks aufgrund des US-amerikanischen und israelischen Angriffs auf den Iran seit Februar dieses Jahres auf der Tagesordnung des EU-Parlaments. Die Eskalation im Nahen Osten und die Sperrung der Straße von Hormus treiben die Energiepreise in Europa nach oben. Die EU-Kommission hatte am 22. April erste Schritte angekündigt, um die Versorgungssicherheit zu stärken und Preissprünge zu begrenzen. Dazu gehören eine Senkung der Stromsteuer und mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten bei der Gasbevorratung. // VON ALI ULUCAY

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Tschernobyl-Heimatland will viele neue Meiler bauen

Quelle: Shutterstock / lassedesignen

KERNKRAFT. Die Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 jährt sich am 26. April. Kurz vor dem Jahrestag spricht sich Kiew für einen Ausbau der Kernkraft aus. Auch in Tschechien geht Kernkraft voran.

Kurz vor dem 40. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl hat die Ukraine einen massiven Ausbau der Atomenergie angekündigt. „Unser Ziel ist eine Nennleistung von 25.000 MW an Atomenergieerzeugung bis 2050“, schrieb Energieminister Denys Schmyhal auf seinem Telegramkanal. Das Atomkraftwerk Chmelnyzkyj in der Westukraine soll dabei zusätzlich zu den in Betrieb befindlichen zwei Reaktoren vier weitere erhalten. Die Steigerung der Atomenergieproduktion bilde die „Grundlage der neuen Energiearchitektur der Ukraine“, fügte er hinzu.

Ein Ausbau auf 25.000 MW entspricht dabei fast einer Verdopplung der vorhandenen Kapazitäten. Aktuell könnten in der Ukraine vier Atomkraftwerke mit 15 Reaktoren sowjetischer Bauart und einer Nennleistung von mehr als 13.000 MW Strom liefern. Zuletzt wurden 2004 in den AKW Riwne und Chmelnyzkyj neue Blöcke in Betrieb genommen. Der älteste Reaktor läuft seit 1980.

Das mit einer Nennleistung von 6.000 MW größte Atomkraftwerk Europas im Gebiet Saporischschja ist jedoch seit 2022 von russischen Truppen besetzt. Diese sechs Reaktoren liegen aus Sicherheitsgründen still.

Atomkraftwerke im Krieg bislang nicht direkt angegriffen

Am 26. April 1986 explodierte in der Nordukraine der Reaktor Nummer vier des damals sowjetischen Atomkraftwerks Tschernobyl. Seitdem sind große Landstriche der Ukraine und der Nachbarstaaten Belarus und Russland radioaktiv belastet. Mehr als 100.000 Menschen mussten zwangsumgesiedelt werden. Experten gehen von Zehntausenden Todesfällen aus.

Seit 2022 wehrt sich die Ukraine gegen eine russische Invasion. Moskau versucht, mit Drohnen- und Raketenangriffen auf Energieanlagen die Stromversorgung des Landes zu stören. Die Atomkraftwerke wurden bisher nicht direkt angegriffen. Es gab jedoch mehrfach Einschläge bei nahen Umspannwerken, weshalb Kernreaktoren heruntergefahren werden mussten.

Tinte trocken in Tschechien

In Tschechien schreiten die Pläne für den Bau von kleinen Atomreaktoren voran. Vertreter des teilstaatlichen Energiekonzerns Cez und der britischen Firma Rolls-Royce SMR unterzeichneten nun Verträge über die Vorbereitungen für Entwicklung und Bau der neuen Mini-AKW (Small Modular Reactors). Ein erstes Testprojekt soll am Standort Temelin entstehen, knapp 60 Kilometer von der Grenze zu Bayern entfernt. // VON DPA

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Kommentar: Atomkraft ohne Zukunft

Quelle: E&M

AUS DER AKTUELLEN AUSGABE. Vor dem Hintergrund des Irankriegs warb EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wieder für Atomkraft. Dies wäre ein teurer Missgriff, kommentiert E&M-Redakteurin Susanne Harmsen.

Am 26. April 2026 jährt sich die Nuklearkatastrophe im damals sowjetischen, heute ukrainischen Tschernobyl zum 40. Mal, und immer wieder werden Rufe nach einer Renaissance der Atomkraft laut. Aus diesem Anlass veröffentlichen wir hier den Kommentar „Berliner Notizen“ unserer Kollegin Susanne Harmsen, der am 1. April 2026 in der gedruckten Ausgabe von Energie & Management erschienen ist:

„Die Debatte über eine Rückkehr zur Atomkraft wirkt wie ein Reflex in Krisenzeiten. Steigende Energiepreise, geopolitische Spannungen und die Abhängigkeit von fossilen Importen setzen die Politik unter Druck. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte deshalb eine stärkere Elektrifizierung auch auf Basis von Atomkraft. Auch Thüringens Wirtschaftsministerin Colette Boos-John (CDU) stieß in dieses Horn. Doch Kernenergie ist keine Lösung der aktuellen Krise.

Schon die wirtschaftliche Dimension stellt die Argumentation infrage, wie Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) antwortete. Weltweit sind Kernkraftwerke auf staatliche Subventionen angewiesen und benötigen Bauzeiten von bis zu 25 Jahren. Auch die Idee, abgeschaltete deutsche Kernkraftwerke zu reaktivieren, ist illusorisch. Die Betreiber selbst ziehen hier eine klare Grenze. Eine Sprecherin der Eon-Tochter Preussen Elektra erklärte, die Anlagen seien nicht mehr reaktivierbar.

Hinzu kommen strukturelle Probleme, die seit Jahrzehnten ungelöst sind. Die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist weiterhin offen. Laut SPD-Politiker Dirk Wiese ist die Atomkraft nicht nur die teuerste, sondern auch die gefährlichste Energieform. Diese Bewertung wird durch die hohen Folgekosten gestützt, die laut Schneider einen erheblichen Teil des Staatshaushalts binden. In die Rechnung der Kernenergie muss die Kostenbelastung für ihre Abfälle über Generationen hinweg einfließen.

Gleichzeitig verschiebt die Debatte Prioritäten. Vertreter der Grünen warnen, dass eine erneute Fokussierung auf Atomkraft Investitionen in erneuerbare Energien bremsen könnte. Tatsächlich liegt hier der zentrale Zielkonflikt: Jeder Euro, der in langfristige und kapitalintensive Atomprojekte fließt, fehlt beim schnellen Ausbau von Wind- und Solarenergie sowie bei Speichern und Netzen.

Selbst Befürworter räumen ein, dass Atomkraft keine schnelle Entlastung bringen kann. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) bezeichnete den deutschen Atomausstieg als irreversibel. Die Forderung nach mehr Energieunabhängigkeit ist berechtigt. Doch Atomkraft trägt dazu nur eingeschränkt bei. Uranimporte ersetzen lediglich die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern durch eine andere Form externer Versorgung. Erneuerbare Energien hingegen nutzen heimische Ressourcen und lassen sich schneller ausbauen.

Eine weitere Quelle zur preiswerten Energiesicherheit wird dagegen derzeit unterminiert, wie die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff) warnt. Am billigsten ist nämlich immer noch Energie, die gar nicht benötigt wird. Jedoch werde das Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) in einem neuen Entwurf abgeschwächt, warnt der Verband. Die verbindlichen Einsparbeiträge von Bund und Ländern sollen entfallen und etablierte Effizienzstandards deutlich abgeschwächt werden. Diese bilden bislang die Grundlage für zentrale Förderprogramme in Gebäuden und Wirtschaft. Dies ist eine kritische Debatte wert, nicht die Kernkraft.“ // VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen:

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Umfrage zeigt breite Zustimmung für Erneuerbare und Solarparks

Quelle: Fotolia / Simon Kraus

REGENERATIVE. Mehr als drei Viertel der Deutschen setzen auf den stärkeren Zubau erneuerbarer Energien. Das ist ein Ergebnis einer Umfrage, die die Fachagentur Wind und Solar durchführen ließ.

Mit den Angriffen der USA und Israels auf Iran wurde einmal mehr deutlich, wie stark die Weltwirtschaft von fossilen Rohstoffen aus Arabien und freiem Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus abhängig ist. Vor diesem zeitlichen Hintergrund ließ die Fachagentur Wind und Solar die Deutschen nach ihrer Einstellung zu den Erneuerbaren und zu Freiflächen-Solaranlagen befragen.

Zwischen dem 11. und 23. März – der Iran-Krieg begann am 28. Februar – bat das beauftragte Meinungsforschungsinstitut Forsa 1.001 Menschen um ihre Einstellung zu den Ökoenergien. Mit 76 Prozent fiel die Unterstützung für den „stärkeren Ausbau“ deutlich aus, mit 46 Prozent der Zustimmung „voll und ganz“ sowie 30 Prozent, die der Aussage „eher“ zustimmten. 13 Prozent stimmten „eher nicht“ zu, 10 Prozent „überhaupt nicht“, 2 Prozent machten keine Angabe.

Im selben Zuge hatte die Fachagentur eine Analyse nach Parteienpräferenz bestellt. Im demokratischen Spektrum erreichte der niedrigste Zustimmungswert demnach immer noch 86 Prozent bei den Anhängerinnen und Anhängern von CDU/CSU. Verteilt auf 40 Prozent „voll und ganz“ sowie 46 Prozent, die „eher“ zustimmten.

Grünes Klientel fast vollständig pro Ökoenergien

Befragte, die den Grünen zuneigen, signalisierten 99 Prozent Zustimmung (91/8). Im SPD-Kosmos waren es 95 Prozent (63/32) und bei der Linken-Anhängerschar 92 Prozent (81/11). Im populistischen Milieu halten immer noch 36 Prozent (15/21) den Erneuerbaren-Ausbau für wichtig, eine klare Mehrheit gleichwohl nicht (32/31).

Antje Wagenknecht sieht die Energiewende „von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen – parteiübergreifend und klar“. Die Geschäftsführerin der Fachagentur Wind und Solar spricht von einem „klaren Mandat“ der Bürgerinnen und Bürger für eine zukunftsorientierte Energiepolitik.

Freiflächen-Solaranlagen mit etwas anderem Bild

Etwas anders sieht das Stimmungsbild aus, was Freiflächen-Solarparks angeht. Hier hatte die Fachagentur abfragen lassen, ob die Bundesregierung sich „deutlich stärker“, „eher stärker“, „eher schwächer“, „deutlich schwächer“ als bisher oder genauso wie bisher für den Ausbau der Anlagen einsetzen solle. 69 Prozent der Befragten erwarten von Berlin den weiteren Einsatz – aufgeteilt in 26 Prozent „deutlich stärker“, 29 Prozent „eher stärker“ und 14 Prozent „genauso wie bisher“.

Bei der Parteienpräferenz bleibt „die Union“ in dieser Frage unter 80 Prozent Zustimmung (78 Prozent, verteilt auf 16/40/22) und Koalitionspartner SPD kommt auf rund 90 Prozent (34/41/15 Prozent). Menschen, die den Grünen zuneigen, sind zu 96 Prozent für mehr Solaraktivitäten der Regierung (62/27/7 Prozent), bei Linken liegt der Wert bei 94 Prozent (60/27/7 Prozent). Das populistische Spektrum möchte zu 35 Prozent ein Engagement der Bundesregierung für Freiflächen-Solaranlagen sehen (6/17/12 Prozent).

Die Fachagentur ist als Verein organisiert und zählt Bund, Länder, Verbände und Unternehmen zu ihren Mitgliedern. Sie verfolgt den Ausbau der erneuerbaren Energien und gleicht ihn mit den politischen Zielen

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

ab. 2025 lag der Anteil der Ökoenergien am Bruttostromverbrauch bei 55,1 Prozent, 2030 sollen es 80 Prozent sein.

Im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist für 2028 die Zielmarke von 172.000 MW installierter Solarleistung vorgegeben. Aktuell sind es in Deutschland 120.000 MW. Wenn das derzeitige Ausbautempo gleich bleibt, würde das Ziel verfehlt. 2025 waren es 17.000 MW Zubau. Nötig wären ab sofort 20.000 MW pro Jahr, über die kommenden zweieinhalb Jahre. // VON VOLKER STEPHAN

Zum Inhalt

Bundestag beschließt schnellere Auftragsvergaben

Quelle: Deutscher Bundestag / Thomas Imo / photothek

RECHT. Der Bundestag hat in Berlin eine Reform des Vergaberechts beschlossen. Öffentliche Aufträge des Bundes sollen so schneller beauftragt und Investitionen zügiger umgesetzt werden.

Der Bundestag hat am 23. April den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge beschlossen. Dafür stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD. AFD, Grüne und die Linke votierten dagegen. Der Bundesrat muss dem Vorhaben noch zustimmen.

Mit dem Gesetz will die Bundesregierung Verfahren vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen. Ziel ist, Investitionen des Bundes schneller in Infrastrukturprojekte, kommunale Vorhaben und andere öffentliche Maßnahmen fließen zu lassen. Das betrifft nach Angaben der Koalition ein jährliches Auftragsvolumen im dreistelligen Milliardenbereich.

Ein zentraler Punkt der Reform ist die deutliche Anhebung der Wertgrenze für Direktaufträge des Bundes. Künftig sollen Aufträge bis 50.000 Euro ohne förmliches Ausschreibungsverfahren vergeben werden können. Bislang galten laut Bundestagsunterlagen deutlich niedrigere Schwellen von 1.000 Euro für Lieferungen und Dienstleistungen sowie 3.000 Euro für Bauaufträge. Zudem sollen Nachweis- und Dokumentationspflichten reduziert sowie Nachprüfungsverfahren beschleunigt werden.

Gesetzänderungen im Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hatte den Entwurf zuvor geändert. Nach Angaben des Bundestags wurden dabei vor allem Regelungen zur Stärkung des Mittelstands ergänzt. So sollen mittelständische Interessen bei öffentlichen Aufträgen vorrangig berücksichtigt werden. Bei Gesamtvergaben können Auftraggeber Unternehmen zudem verpflichten, bei Unteraufträgen kleine und mittlere Betriebe besonders einzubeziehen.

Andreas Lenz, Bundestagsabgeordneter der CDU/CSU, sagte im Parlament, nun könnten auch Mittel aus dem Sondervermögen rascher eingesetzt werden. Lenz bezifferte die jährliche Entlastung der Kommunen durch geringeren Erfüllungsaufwand auf 280 Millionen Euro. Armand Zorn, Fraktionsvize der SPD, erklärte, öffentliche Investitionen müssten schneller auf Straße, Schiene und in den Kommunen ankommen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Opposition sieht Mittelstand ausgeschlossen

Kritik kam von der Opposition. Enrico Komning von der AFD warnte, die Reform erleichtere in der Praxis die Vergabe großer Gesamtaufträge. Dadurch könnten Mittelstand, Handwerk und kleinere Unternehmen benachteiligt werden. Zudem kritisierte er neue Verordnungsermächtigungen. Ein Antrag der AFD auf getrennte Abstimmung einzelner Gesetzesteile wurde vom Parlament abgelehnt.

Julian Joswig (Grüne) sprach von einem Kompromiss mit zu wenig Ambitionen. Er erklärte, die Koalition vereinfache zwar Verfahren, sorge aber nicht dafür, dass öffentliche Mittel gezielter und nachhaltiger eingesetzt würden. Aus Sicht der Grünen fehlen verbindliche Vorgaben etwa für klimafreundliche Materialien wie grünen Stahl. Ein Entschließungsantrag der Fraktion wurde abgelehnt.

Janine Wissler von der Linkspartei kritisierte vor allem die höhere Schwelle für Direktvergaben. Aufträge bis 50.000 Euro ohne Ausschreibung machten Behörden anfälliger für Korruption und Vetternwirtschaft, sagte sie. Zudem forderte Wissler Tarifbindung, soziale Standards und Transparenz bei öffentlichen Vergaben.

Neben dem Gesetz verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der Koalition auch eine Entschließung. Darin fordert das Parlament, Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz besonders schnell einzusetzen. Außerdem soll die Bundesregierung geplante europäische Vorgaben zu Herkunfts- und Klimastandards bei Ausschreibungen eng begleiten. Ziel sei es laut Beschluss, nationale und europäische Regeln besser aufeinander abzustimmen und zusätzliche Bürokratie zu vermeiden.

Kritik aus der Kommunalwirtschaft

Für den Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) erklärte Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing, die Beschleunigung der Vergaben sei richtig. „Die neuen buy-green-Vorgaben bei öffentlichen Aufträgen konterkarieren das aber“, mahnte er zugleich. Es sei unverständlich, dass der Bundestag bereits vor einer Einigung auf europäischer Ebene verbindliche Klima-Vorgaben macht.

Konkrete Vorgaben für Produkte machten das Vergaberecht nicht einfacher, sondern komplizierter und bürokratischer. „Stadtwerke und Verteilnetzbetreiber haben bereits heute Schwierigkeiten, überhaupt Produkte für ihre Energiewende-Projekte zu beschaffen“, erinnerte Liebing. Zusätzliche „buy-green“-Pflichten würden dieses Problem verschärfen und die Energiewende ausbremsen.

Zudem verzerre diese Vorgabe den Wettbewerb zulasten kommunaler Unternehmen, denn private Energiekonzerne dürften weiterhin zum besten Preis kaufen. // VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Bündnis drängt auf Wind-Vorrang für den Süden

Quelle: Shutterstock / Blue Planet Studio

WINDKRAFT ONSHORE. Verbände aus Baden-Württemberg fordern Anpassungen bei Wind-Ausschreibungen. Ohne Änderungen drohe der Süden beim Ausbau weiter zurückzufallen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Ein breites Bündnis aus Wirtschafts- und Naturschutzverbänden drängt auf eine Reform der Ausschreibungsregeln für Windenergie in Deutschland. Wie die beteiligten Organisationen mitteilten, profitierten derzeit vor allem Projekte in Nord- und Ostdeutschland von den Vergabeverfahren der Bundesnetzagentur, während Vorhaben im Süden kaum zum Zuge kämen. Dies müsse sich ändern, um einen ausgewogenen Ausbau der Windenergie zu gewährleisten.

Zu dem Bündnis zählen neben der Plattform Erneuerbare Energien Baden-Württemberg (PEE BW) auch Unternehmer Baden-Württemberg, der Verband der Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg (VFEW), der Verband kommunaler Unternehmen Baden-Württemberg (VKU BW) sowie die Naturschutzverbände BUND und Nabu. Sie fordern unter anderem, in den kommenden zwei Jahren insgesamt 10.000 Megawatt vom gesamten Ausschreibungsvolumen gezielt für süddeutsche Projekte zu reservieren. Dies entspreche rund 20 Prozent der erwarteten Zuschläge. Zudem plädieren sie für eine Anhebung der Ausschreibungsvolumina in den kommenden Jahren. So würden die Strommengen gesichert, die die Industrie in Süddeutschland benötige.

Hintergrund der Initiative ist eine zunehmende geografische Schieflage bei den Ausschreibungen. In den zuletzt deutlich überzeichneten Ausschreibungen habe es kaum Zuschläge für Projekte im Süden gegeben. Auch eine von der Bundesregierung beschlossene Ausweitung der Ausschreibungsvolumina werde daran nach Einschätzung der Verbände wenig ändern. Das geltende Referenzertragsmodell, das windschwächere Standorte begünstige, reiche nicht aus, um zu einem „ausgewogenen Ausbau“ zu kommen.

Senkung von Redispatch-Kosten

Dabei steht der Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg nach Angaben des Bündnisses an einem entscheidenden Punkt. Die Regionalpläne treten demnach in diesem Jahr in Kraft, die Baurecht für zusätzliche Windflächen schaffen. Zudem seien Genehmigungen für mehr als 1.000 Windenergieanlagen beantragt. Damit diese Projekte realisiert werden könnten, seien jedoch Zuschläge in den bundesweiten Ausschreibungen erforderlich.

Die Verbände schlagen daher vor, eigene Ausschreibungssegmente für süddeutsche Bundesländer einzuführen. Zwar solle weiterhin ein Großteil der Windkraftkapazitäten im windstarken Norden entstehen, der Süden müsse jedoch in die Lage versetzt werden, einen angemessenen Beitrag zur Stromerzeugung zu leisten.

Ein stärkerer Ausbau im Süden könne mehrere Effekte haben. So würden die regionale Wertschöpfung gestärkt und der steigende Strombedarf der Industrie besser gedeckt. Gleichzeitig ließen sich Klimaziele eher erreichen. Auch systemische Kosten könnten sinken: Reduzierte Redispatch-Maßnahmen könnten zu Einsparungen von bis zu 1,8 Milliarden Euro jährlich führen, wie eine aktuelle Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) im März dieses Jahres gezeigt habe.

Bis zu 3.000 Anlagen zu wenig im Ländle

Darüber hinaus verweisen die Verbände auf die energiepolitische Lage. Angesichts geopolitischer Spannungen und steigender Preise für fossile Energieträger gewinne der Ausbau erneuerbarer Energien als Standortfaktor und Beitrag zur Energieunabhängigkeit weiter an Bedeutung. Langfristig sehen Studien für Baden-Württemberg einen Bedarf von rund 30 Milliarden kWh Windstrom jährlich bis 2040. Dafür müssten bis dahin etwa 2.500 bis 3.000 Anlagen errichtet werden. Dieses Ziel sei ambitioniert, aber erreichbar, sofern die regulatorischen Rahmenbedingungen angepasst würden.

Das Bündnis verweist zudem auf die rechtliche Grundlage: Das EEG 2023 stelle klar, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien im „überragenden öffentlichen Interesse“

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

liege. Die Erneuerbaren seien demnach „als vorrangiger Belang zu behandeln – selbstverständlich auch in Baden-Württemberg“, heißt es von Seiten der Plattform Erneuerbare Energien. Nun sei die Politik gefordert, bei der anstehenden Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes entsprechende Weichen zu stellen, damit der Ausbau regional ausgewogener erfolgen könne (siehe auch separate Meldung „Auch der BWE kritisiert ...“). // VON FRITZ WILHELM

Zum Inhalt

Bundestag und Bundesrat billigen Tankrabatt

Quelle: Shutterstock / ModernNomads

MOBILITÄT. Die beiden Parlamentskammern haben eine befristete Senkung der Energiesteuer beschlossen. Verbraucher und Wirtschaft werden vom 1. Mai an bei hohen Kraftstoffpreisen entlastet.

Der Bundestag hat den sogenannten Tankrabatt beschlossen, wenig später passierte das Gesetz am 24. April 2026 auch den Bundesrat. Damit kann die befristete Senkung der Energiesteuer für Benzin und Diesel nach Ausfertigung durch den Bundespräsidenten und Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt zum 1. Mai in Kraft treten.

Nach Angaben der Bundesregierung werden die Energiesteuer-Sätze für Kraftstoffe vom 1. Mai bis Ende Juni um 14,04 Cent je Liter reduziert. Einschließlich der darauf entfallenden Umsatzsteuer ergibt sich laut Gesetzesbegründung eine Entlastung von bis zu 17 Cent brutto pro Liter. Der Bund beziffert die Gesamtkosten der Maßnahme auf rund 1,6 Milliarden Euro.

Die schwarz-rote Koalition reagiert damit auf stark gestiegene Kraftstoffpreise infolge des Irankriegs. Nach Darstellung der Bundesregierung haben vor allem höhere Rohölpreise den Preisdruck verstärkt. Zudem belaste die geopolitische Unsicherheit die wirtschaftliche Entwicklung und die Konsumnachfrage.

Autofahrer um wenige Euro entlastet

Im bundesweiten Tagesdurchschnitt lagen die Preise laut dem Allgemeinen Deutschen Automobil-Club (ADAC) am 23. April für Super E10 bei 2,074 Euro je Liter und für Diesel bei 2,15 Euro. Das seien rund 30 beziehungsweise rund 40 Cent mehr als vor Beginn des Krieges. Der Energie Informationsdienst (EID) hatte für den 22. April von mengengewichteten Bundesdurchschnitten zweier Tankstellen-Großgesellschaften von 2,149 Euro und 2,111 Euro berichtet. Bei E5 seien es 2,138 Euro und 2,118 Euro gewesen, so das Fachblatt unter Berufung auf die anonymisierten Unternehmen.

Nach einer rund zweiwöchigen Talfahrt schossen die Kraftstoffpreise am 24. April so stark nach oben wie nochbei keinem Mittagssprung seit Einführung der 12-Uhr-Regel am 1. April. Für den Mittag - kurz nachdem der Bundestag den Tankrabatt beschlossen hatte - ermittelte der ADAC bei Super E10 ein Plus von 14,1 Cent, bei
Diesel von 16,3 Cent pro Liter.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sagte nach früheren Beratungen der Koalitionsspitzen, die Regierung wolle die Lage für Autofahrer und Betriebe rasch verbessern. Besonders profitieren sollten nach seinen Worten Menschen, die beruflich auf das Auto angewiesen seien. Für einen durchschnittlichen Autofahrer dürfte die Entlastung über zwei Monate im niedrigen zweistelligen Eurobereich liegen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Der Wirtschaftsverband Fuels und Energie (En2X) und der Tankstellen-Mittelstandsverband Uniti kündigten an, die Steuerentlastung solle vollständig weitergegeben werden. Gleichzeitig verwies der En2X darauf, dass andere Preisentwicklungen an den Energiemärkten den Effekt überlagern könnten.

Opposition kritisiert den Rabatt

Im Bundestag verteidigte der CDU-Abgeordnete Matthias Hiller die Maßnahme als schnelle und zielgenaue Reaktion. Kritik kam von der Opposition. Der AfD-Abgeordnete Kay Gottschalk bezeichnete den Tankrabatt als „Tropfen auf den heißen Stein“, weil er nur zwei Monate gelte. Der Grünen-Politiker Andreas Audretsch warf der Koalition vor, mit der Maßnahme den Verbrauch fossiler Energien zu fördern.

Bereits in einem ersten Entlastungspaket hatte die Koalition beschlossen, dass Tankstellen Preise nur noch einmal täglich um 12 Uhr anheben dürfen. Zudem erhielt das Bundeskartellamt zusätzliche Befugnisse. Am 1. April, zur Einführung, stiegen die Spritpreise weiter, und zwar eine Woche lang jeden Tag. Zeitgleich war auch Rohöl teurer geworden.

Prämie ist durch den Bundestag - und die Übergewinnsteuer?

Parallel ebnete der Bundestag den Weg jetzt für eine steuerfreie Entlastungsprämie von bis zu 1000 Euro, die Arbeitgeber bis zum 30. Juni 2027 freiwillig an Beschäftigte zahlen können. Der Bundesrat will darüber am 8. Mai beraten. Wirtschaftsverbände reagierten zurückhaltend und verwiesen auf die schwache Konjunktur, die vielen Unternehmen wenig Spielraum lasse.

Innerhalb der Bundesregierung bleibt umstritten, ob bei anhaltend hohen Energiepreisen weitere Schritte folgen. Die SPD fordert eine Übergewinnsteuer auf kriegsbedingte Zusatzgewinne von Mineralölkonzernen. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) lehnt dies ebenso ab wie einen staatlichen Spritpreisdeckel. Sie hatte stattdessen für gezielte Hilfen plädiert und eine vorübergehende Anhebung der Pendlerpauschale ins Gespräch gebracht. // VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Preiswerter Strom für Energiesicherheit

Quelle: Shutterstock / jorisvo

EUROPAEISCHE UNION. Die EU-Kommission hat eine EU-weite Übergewinnsteuer für Energiekonzerne ausgeschlossen. „AccelerateEU – Energy Union“ schlägt dafür Maßnahmen für bezahlbare Energiesicherheit vor.

In dieser Woche stellte die EU-Kommission ihr Papier „Accelerate EU – Energy Union“ mit Maßnahmen für bezahlbare und sichere Energie vor. Das Dokument ist nicht rechtsverbindlich, soll aber Leitlinien für künftige Gesetzgebung setzen. Geplant ist unter anderem ein Legislativvorschlag zur Energiesteuer. Dabei soll Strom nach Angaben der Behörde künftig niedriger besteuert werden als fossile Brennstoffe.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßte insbesondere die geplanten Entlastungen beim Strompreis und die angekündigte Überarbeitung der Wasserstoffregeln. VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing erklärte, die Vorschläge gingen grundsätzlich in die richtige Richtung. Zugleich forderte er, Vorgaben aus dem EU-Klimapaket „Fit for 55“ schneller zu vereinfachen. Kritik übte der VKU vor allem an zusätzlichen Berichtspflichten und technischen Vorgaben aus der Methanverordnung. Diese verursachten hohe Kosten, ohne den Klimaschutzeffekt im gleichen Maß zu erhöhen. Liebing forderte daher einen stärkeren Bürokratieabbau.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Zugleich appellierte der Verband an die Bundesregierung, die Stromsteuer nicht nur für das produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft zu senken. Auch Mittelstand und private Haushalte sollten entlastet werden.

Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen senken

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) bewertete das Papier ebenfalls positiv. BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae erklärte, die Kommission setze an den richtigen Stellschrauben an, um Europas Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu senken.

Der Verband begrüßte besonders die geplante Überarbeitung der Kriterien für erneuerbaren Wasserstoff. Die derzeitigen Vorgaben seien zu streng und bremsten den Aufbau europäischer Produktionskapazitäten. Aus Sicht des BDEW sollte die Bundesregierung darauf drängen, die Regeln für den Strombezug praxisnäher zu gestalten und Fristen für zusätzliche Anforderungen zu verschieben.

Auch bei der Reform des europäischen Emissionshandels ETS1 sprach sich der Verband für Augenmaß aus. Die vorgesehene Prüfung im Juli 2026 sei der richtige Rahmen. Der Emissionshandel eigne sich nicht, um kurzfristige Preisspitzen in Krisenzeiten zu dämpfen. Geplante Investitionsimpulse für die Dekarbonisierung der Industrie sowie flexiblere Regeln für die Befüllung europäischer Gasspeicher begrüßte der BDEW.

Neue Markteingriffe wie Erlösabschöpfungen oder Preisdeckel für Gas lehnte der Verband dagegen ab. Solche Maßnahmen könnten den Binnenmarkt verzerren und Investitionen bremsen.

Vorerst keine Übergewinnsteuer

Die Europäische Kommission hat zugleich eine europaweite Sonderabgabe auf Krisengewinne von Energiekonzernen vorerst verworfen. Eine Sprecherin der Behörde sagte am 22. April, derzeit gebe es keine Pläne zur Einführung einer Übergewinnsteuer. Über mögliche künftige Maßnahmen wolle die Kommission nicht spekulieren.

Zuvor hatten Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) und mehrere europäische Amtskollegen eine solche Abgabe gefordert. Nach Darstellung der Kommission fehlt dafür derzeit die notwendige Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten. Energiekommissar Dan Jörgensen hatte in Brüssel darauf verwiesen, dass für steuerliche Maßnahmen auf EU-Ebene Einstimmigkeit erforderlich ist.

Nationale Spielräume nutzen

Gleichzeitig verwies die Behörde darauf, dass die Mitgliedstaaten nationale Spielräume nutzen könnten. Länder könnten auf Grundlage eigener fiskalischer Kompetenzen selbst Übergewinnsteuern oder vergleichbare Instrumente einführen. Die Kommission kündigte an, nationale Entscheidungen zu respektieren, bewährte Verfahren bereitzustellen und mögliche Auswirkungen auf den Binnenmarkt zu prüfen.

Das Bundesfinanzministerium (BMF) erklärte, Klingbeil werde sich weiterhin auf europäischer Ebene für eine solche Steuer einsetzen. Ein Sprecher des Hauses verwies darauf, dass Spanien und Italien das Anliegen unterstützten. Nach Auffassung des BMF dürfen übermäßige Krisenprofite in der aktuellen Lage nicht bei Unternehmen verbleiben, sondern müssen Verbraucherinnen und Verbrauchern zugutekommen.

Klingbeil fordert seit Wochen eine Abgabe auf kriegsbedingte Zusatzgewinne von Mineralölkonzernen. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hatte den Vorstoß kritisiert. Stattdessen beschloss

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

die Regierung eine Entlastung von der Spritsteuer für zwei Monate, die 1,6 Milliarden Euro kosten wird (siehe separate Meldung). // VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

HANDEL & MARKT

Quelle: Shutterstock / Igor Grochev

Die Verzögerungen im LNG-Export kumulieren sich

GAS. Laut dem jüngsten vierteljährlichen Gasmarktbericht der IEA hat sich der Ausblick für den globalen Erdgasmarkt durch den Konflikt im Nahen Osten erheblich verändert.

Ein massiver Versorgungsschock erschüttert die Marktgrundlagen und verzögert eine erwartete Welle neuer LNG-Lieferungen, so die Internationale Energie-Agentur in ihrem Quartalsbericht über den Gasmarkt.

Vor der Krise hatte ein starkes Wachstum des LNG-Angebots – gestützt durch neue Verflüssigungskapazitäten, vor allem in Nordamerika – zur Entspannung der Preise beigetragen. Der weltweite LNG-Handel war im Zeitraum Oktober bis Februar im Vergleich zum Vorjahr um 12 Prozent gestiegen. Die Referenzpreise für Erdgas hatten in Europa und Asien im selben Fünfmonatszeitraum um rund 25 Prozent nachgegeben.

Anfang März hat sich die Marktsituation umgekehrt. Die seitdem andauernden Störungen des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus haben zu beispielloser Unsicherheit geführt: Fast 20 Prozent der weltweiten LNG-Lieferungen sind dem Markt entzogen. In wichtigen Importregionen wurden starke Preisanstiege ausgelöst. Die Erdgaspreise in Asien und Europa stiegen auf den höchsten Stand seit Januar 2023, was zu einem Rückgang der Erdgasnachfrage in wichtigen LNG-Importmärkten beitrug.

Die Verladungen von Flüssigerdgas (LNG) aus Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten sanken im März im Vergleich zum Vorjahr um 9,5 Milliarden Kubikmeter. Dieser starke Rückgang wurde teilweise durch eine höhere LNG-Produktion aus neuen Projekten in Nordamerika und Afrika ausgeglichen. Zudem sanken die weltweiten LNG-Lieferungen zunächst weniger stark als die Verladungen, da sich die Auswirkungen der Unterbrechung aufgrund der Transportzeiten erst verzögert bemerkbar machen. Jeder Monat, in dem keine Ladungen die Meerenge passieren, führt allerdings zu einem Verlust von rund 10 Milliarden Kubikmetern an LNG-Lieferungen.

Die mittelfristigen Schäden für den Katar und die Welt

Über die unmittelbaren Störungen hinaus dürfte die Krise Auswirkungen auf die mittelfristigen Aussichten haben. Die durch Angriffe auf Katars LNG-Anlagen verursachten Schäden könnten die LNG-Produktion des Landes um nahezu 70 Milliarden Kubikmeter bis 2030 verringern, unter der Annahme einer Reparaturdauer

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

von vier Jahren. Darüber hinaus könnte eine Verzögerung des North-Field-East-Erweiterungsprojekts die LNG-Versorgung bis 2030 um insgesamt fast 20 Milliarden Kubikmeter reduzieren. Berücksichtigt man die kombinierten Auswirkungen der kurzfristigen Versorgungsunterbrechungen und der mittelfristigen Folgen für die Versorgung, ist von einem kumulativen Verlust von rund 120 Milliarden Kubikmetern für den Zeitraum bis 2030 auszugehen. Dadurch dürften sich die Auswirkungen der erwarteten weltweiten LNG-Expansionswelle um mindestens zwei Jahre verzögern.

Der Bericht der IEA unterstreicht die Bedeutung einer Stärkung der globalen Gasversorgungssicherheit durch anhaltende angemessene Investitionen entlang der gesamten LNG-Wertschöpfungskette und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit zwischen Produzenten und Verbrauchern. Er weist zudem auf die Vorteile hin, die ein diversifiziertes Portfolio an langfristigen Verträgen für Gasimporteure hinsichtlich der Abmilderung von Preisschwankungen in Zeiten von Versorgungsstörungen mit sich bringen kann.
// VON HANS-WILHELM SCHIFFER

Zum Inhalt

Konsolidierung im wettbewerblichen Messstellenbetrieb

Quelle: Shutterstock / Shcherbakov Ilya

SMART METER. Der wettbewerbliche Messstellenbetreiber Zählerhelden zieht sich aus dem Markt zurück. Spotmyenergy übernimmt dessen Portfolio.

Laut einer Mitteilung von Spotmyenergy handelt es sich um 3.000 intelligente Messsysteme, die von Zählerhelden übernommen werden. Die beiden wettbewerblichen Messstellenbetreiber hätten den gleichen Ansatz, heißt es in der Mitteilung.

„Wir haben Spotmyenergy als Partner gewählt, weil wir mit Blick auf den Messstellenbetrieb denselben Anspruch teilen: gemeinsam mit Installateuren vor Ort den Smart Meter Rollout in Deutschland voranzutreiben“, wird Bernd Bosch zitiert. Die Gesellschafter des 2022 gegründeten Start-ups würden sich künftig wieder stärker auf ihre jeweiligen Kerngeschäfte konzentrieren, aber auch mit Spotmyenergy zusammenarbeiten, so der Geschäftsführer von Zählerhelden. Die Gesellschafter sind der zu Senec gehörende Solarinstallateur BSH und der Abrechnungsdienstleister ABM.

Jochen Schwill, Gründer und Geschäftsführer von Spotmyenergy, versprach, operativ werde sich für die Kunden von Zählerhelden nichts ändern. Der Messstellenbetrieb laufe ohne Unterbrechungen weiter.

Das Entwicklungspotenzial des wettbewerblichen Messstellenbetriebs will Spotmyenergy unter anderem zusammen mit Horizon Energy Deutschland heben, das als Meter Asset Provider den Rollout intelligenter Messsysteme für den Messstellenbetreiber mitfinanziert. Die beiden Unternehmen hatten im Frühjahr 2025 bekannt gegeben, dass in den nächsten beiden Jahren 50 Millionen Euro in die Beschaffung moderner Messeinrichtungen, Smart Meter Gateways und Steuerboxen fließen werden. Ein Teil dieser zugesicherten Mittel fließe nun in die Übernahme des Messtellenbetriebs von Zählerhelden.

Darüber hinaus hat Spotmyenergy im Januar 2026 den Einstieg des belgischen Investmentfonds Junction Growth Investors bekannt gegeben. Damit habe sich innerhalb von zwölf Monaten zusammen mit den Mitteln von Horizon ein „Kapitalimpuls“ von 60 Millionen Euro für den Smart Meter Rollout ergeben, hieß es damals von Seiten des wettbewerblichen Messstellenbetreibers. // VON FRITZ WILHELM

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

TECHNIK

E-Lkw der Spedition Stickel. Quelle: Netze BW

Netze BW testet netzorientiertes Laden für E-LKW-Flotten

ELEKTROFAHRZEUGE. Die EnBW-Tochter untersucht mit Partnern, wie E-Lkw-Flotten netzdienlich geladen werden können. Ziel: Netzkapazitäten effizienter zu nutzen und Anschlüsse schneller zu ermöglichen.

Während E-Autos schon zum Alltag gehören und häufig an der heimischen Wallbox geladen werden, sind batterieelektrische Lkw noch im Kommen. Ihr Ladeverhalten birgt eine Reihe von Herausforderungen entlang der Autobahnen und in Logistik-Depots.

Netze BW, die Verteilnetz-Tochter von EnBW, erprobt im Innovationsprojekt „FlexCharge BW – Netzlabor E-Lkw“, wie sich große Elektro-Lkw-Flotten besser in das bestehende Verteilnetz integrieren lassen. Ziel sei es, Ladevorgänge so zu steuern, dass sie sich an der aktuell verfügbaren Netzkapazität orientieren, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden, teilte das Unternehmen mit. Besonders relevant sei dies in Zeiten niedriger Netzlast oder bei hoher Einspeisung erneuerbarer Energien.

Nach Angaben von Netze BW knüpft das Projekt an bisherige Aktivitäten im Bereich Elektromobilität an. Der technische Geschäftsführer Martin Konermann erklärte, Netze BW habe bereits in Reallaboren Impulse für den Aufbau von Ladeinfrastruktur für PKW gesetzt und vollelektrische Pilotbaustellen realisiert. Nun zeige sich ein Hochlauf der E-LKW. „Und wir rechnen in den nächsten Jahren mit starkem Wachstum. Deshalb legen wir jetzt einen Schwerpunkt darauf, die Ladeinfrastruktur für Nutzfahrzeuge optimal in das Verteilnetz einzubinden“, wird Konermann zitiert.
Hintergrund des Projekts ist dem Unternehmen zufolge die Herausforderung, für die Elektrifizierung von LKW hohe Anschlussleistungen bereitzustellen, die oft erst nach einem Netzausbau verfügbar seien.

Erprobung an vier Depot-Standorten

Projektleiterin Kathrin Walz erklärte, mit „FlexCharge BW“ würden Lösungen getestet, die einen schnelleren Netzanschluss ermöglichen könnten. Dazu arbeite Netze BW mit zwei Logistikunternehmen aus Baden-Württemberg zusammen: der Spedition Stickel aus Nagold und Logistik Schmitt aus Bietigheim bei Karlsruhe.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Das Konzept des netzorientierten Ladens basiert darauf, Lastspitzen zu vermeiden und vorhandene Kapazitäten besser auszunutzen. Nadine Eisinger, stellvertretende Projektleiterin, wies darauf hin, dass es zu bestimmten Zeiten mehr freie Kapazitäten gibt. Netzorientiertes Laden könne diese Zeitfenster nutzbar machen. „Und so ermöglichen, dass zusätzliche Leistung bereits vor Abschluss eines Netzausbaus genutzt werden kann“, fügte sie hinzu.

Im Projekt werden dafür dynamische Ladefahrpläne entwickelt. Der Netzbetreiber stellt Informationen zur aktuellen Netzsituation bereit, die in konkrete Ladepläne für die Fahrzeuge übersetzt werden. Dabei werden betriebliche Faktoren wie Standzeiten, Tourenplanung und Energiemanagement berücksichtigt. Ziel ist eine bessere Auslastung des Netzes durch flexible Anpassung von Ladeleistung und -zeitpunkten.

Die Erprobung erfolgt an vier Depot-Standorten mit insgesamt 20 Schnellladepunkten und 40 Elektro-Lkw. Neben dem praktischen Betrieb werden die Ergebnisse durch Datenanalysen und Simulationen ergänzt, um die Übertragbarkeit auf weitere Standorte zu prüfen. Das Projekt soll nach aktuellem Stand bis Jahresende laufen. // VON FRITZ WILHELM

Zum Inhalt

Wasserstoffmotor besteht Praxistest für Datacenter-Notstrom

Eine wasserstoffbasierte 3-MW-Backup-Power-Anlage für Datacenter. Quelle: Innio

KWK. Innio und der Net Zero Innovation Hub haben erstmals eine 3-MW-Notstromanlage mit 100 Prozent Wasserstoff für Rechenzentren getestet.

Der BHKW-Hersteller Innio und der Net Zero Innovation Hub for Data Centers haben einen Validierungstest für eine wasserstoffbasierte Notstromlösung abgeschlossen, teilte Innio mit. Die Partner setzten dabei einen Gasmotor der 3-MW-Klasse ein, der vollständig mit Wasserstoff betrieben wurde. Der Test fand am Innio-Standort in Jenbach in Tirol statt. Ziel war es, die Eignung der Technologie für kritische Infrastrukturen zu prüfen. Vertreter von Microsoft, Google und Data 4 begleiteten den Test vor Ort.

Der Test hat laut Innio eine skalierbare und saubere Backup-Lösung bestätigt. Der Wasserstoffmotor durchlief während der Demonstration mehrere Lastszenarien. Dazu zählten dynamische Lastwechsel sowie Profile, die durch KI-Anwendungen geprägt sind. Diese Anforderungen gelten als charakteristisch für Rechenzentren mit hoher Leistungsdichte.

Innio übertrug dabei nach eigenen Angaben Eigenschaften seiner Gasmotorentechnologie auf den Betrieb mit Wasserstoff. Der Hersteller nennt kurze Startzeiten, stabiles Lastverhalten und kontinuierliche Leistungsabgabe als zentrale Kriterien. Dieser Validierungstest hat nun gezeigt, dass die Technologie die „transiente Leistung, Resilienz und Flexibilität liefert, die Datacenter benötigen – selbst im Betrieb mit 100 Prozent Wasserstoff“, sagte Olaf Berlien, President & CEO der Innio Group.

Industriepartner definieren Anforderungen für Skalierung

Der Validierungstest ist Teil eines Auswahl- und Prüfprozesses des Net Zero Innovation Hub. Dieser Hub ist ein Zusammenschluss von Firmen aus der Rechenzentrums-Branche, Zum Hub gehören zum Beispiel Danfoss, Data 4, Google, Microsoft sowie Schneider Electric und Vertiv. Die Mitgleider definieren gemeinsam technische Anforderungen für neue Energielösungen. Grundlage bildete eine internationale Abfrage zu CO2-armen Backup-Systemen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Der steigende Leistungsbedarf von Rechenzentren, vor allem durch KI-Anwendungen, erhöht den Druck auf Betreiber. Neben Versorgungssicherheit gewinnen kurze Projektlaufzeiten und CO2-Minderung an Bedeutung. Branchenprognosen gehen davon aus, dass hybride und netzunabhängige Energiesysteme deutlich an Bedeutung gewinnen. Wasserstoffbasierte Lösungen könnten dabei eine Rolle im Bereich der Notstrom- und Primärversorgung übernehmen.

Die Innio Group und der Net Zero Innovation Hub for Data Centers planen, für die Skalierung dieser Lösung weiter zusammenzuarbeiten. Im Fokus sollen dabei unter anderem Brennstoffverfügbarkeit, Infrastruktur, Speicherlösungen, Genehmigungs-prozesse, Dual-Fuel-Fähigkeiten sowie die Integration in Datacenter-Architekturen stehen. // VON HEIDI ROIDER

Zum Inhalt

Wärmelieferung von Basel nach Weil technisch möglich

Ein Wärmeverbund von Weil am Rhein und Basel ist technisch machbar. Quelle: Stadt Weil am Rhein / Bähr

FERNWÄRME. Im Dreiländereck denken zwei Versorger die Wärmeversorgung als ein gemeinsames Projekt. Weil möchte ein Quartier über das benachbarte Basel beheizen lassen. Eine Studie macht Hoffnung.

Technisch sehen die Beteiligten keine Probleme: Eine Wärmelieferung aus der Schweiz nach Deutschland lässt sich umsetzen. Das südbadische Weil am Rhein möchte ein unmittelbar an den Grenzfluss ragendes Quartier im Ortsteil Friedlingen aus der schweizerischen Nachbarmetropole Basel versorgen lassen.

Mit den Industriellen Werken Basel (IWB), dem kommunalen Energieunternehmen des Kantons Basel-Stadt, laufen seit Mai 2025 Vorüberlegungen für einen Wärmeverbund. Jetzt teilt die Stadt Weil am Rhein, Mutter der örtlichen Stadtwerke, die ersten Erkenntnisse einer Machbarkeitsstudie mit der Öffentlichkeit. Ergebnis: Eine Wärmelieferung über die Grenze lasse sich einrichten, jetzt folgen weitere Abstimmungsschritte.

Die Stadtwerke Weil am Rhein könnten von Mitte 2028 an Wärme aus dem Fernwärmenetz der IWB beziehen. Zu diesem Zeitpunkt sei die in Basel erzeugte Wärme bereits zu 80 Prozent CO2-neutral, heißt es in der Mitteilung. Der Kanton Basel-Stadt will bis 2037 bei den Emissionen das Netto-Null-Ziel erreicht haben.

Aktuell läuft eine Umfrage von IWB und Stadtwerken, ob bei der Bevölkerung im betreffenden Gebiet Interesse an dem Wärmeverbund besteht. Die Ergebnisse daraus und weitere Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie benötigen die beiden Versorger, um eine finale Investitionsentscheidung zu treffen. Stand jetzt, halten Stadt und Stadtwerke Weil den Wärmeverbund für „grundsätzlich attraktiv“ und „einen Beitrag zur Dekarbonisierung von Weil am Rhein und der ganzen Region“.

Für die IWB wäre es nicht der erste grenzüberschreitende Kontakt. Im Projekt „H2@Hochrhein“ untersucht die Freiburger Badenova in einem Teilbereich etwa, ob eine Wasserstoff-Leitung für die energieintensive Industrie auch ans IWB-Netz andocken könnte. Selbst produzieren die Basler einen Teil ihres Ökostroms über Beteiligungen an Windkraftanlagen in Frankreich und Deutschland. // VON VOLKER STEPHAN

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Bald gewinnt Bielefelds Versorger Fernwärme aus Klärschlamm

Bielefelds Klärschlamm-Verbrennungsanlage feiert Richtfest. Quelle: MVA Bielefeld / Sellmann

FERNWÄRME. Eine neue Quelle für Bielefelds Fernwärme-Angebot strebt der Vollendung entgegen. Die örtlichen Stadtwerke sind mit dem Bau einer Klärschlamm-Verbrennungsanlage weit vorangekommen.

Ein Gemeinschaftsprojekt vieler Beteiligter in Ostwestfalen liegt im Zeitplan. Die geplante Klärschlamm-Monoverbrennungsanlage (KVA) in Bielefeld hat jetzt Richtfest gefeiert. Der Hochbau sei so gut wie abgeschlossen, heißt es in einer Mitteilung der Stadtwerke Bielefeld (SWB).

Der Versorger ist über die Interargem GmbH an dem Vorhaben beteiligt, die Stadtwerke halten 75,84 Prozent an dem Bielefelder Entsorgungsunternehmen. Interargem betreibt die Müllverbrennungsanlage (MVA) Bielefeld-Herford in Heepen, in deren direkter Nachbarschaft aktuell auch die KVA entsteht.

Aus der thermischen Verwertung des Klärschlamms gewinnen die Stadtwerke perspektivisch 65 Millionen kWh für das eigene Fernwärmenetz – klimafreundlich, wie sie betonen. Nach den Berechnungen des Versorgers werde das für etwa 4.400 Haushalte reichen. Stadtwerke-Geschäftsführer Rainer Müller stellte an dem Projekt heraus, es verbinde Entsorgungssicherheit mit Energieerzeugung und „leistet einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung unserer Infrastruktur“.

Mitte kommenden Jahres soll die KVA in den Test- und Probebetrieb gehen. Spätestens Ende 2027 rechnen die Verantwortlichen mit dem Start des Regelbetriebs. Die Brennkammer besteht aus einem Wirbelschichtofen, der über eine Feuerungswärmeleistung von 12,5 Megawatt verfügt. Neben der Abwärme produziert die Anlage auch bis zu 24 Millionen kWh Strom pro Jahr. Das ist eine Menge, die rechnerisch den Bedarf von etwa 8.500 Haushalten decken könnte.

In Heepen rollt künftig der Klärschlamm an, der im Abwasser von 78 ostwestfälisch-lippischen Kommunen anfällt. Ein Ziel dabei ist es, den wertvollen Rohstoff Phosphor aus der Klärschlamm-Asche zurückzugewinnen. 35.000 Tonnen getrockneten Klärschlamms kann die KVA maximal pro Jahr verbrennen. Das entspricht 140.000 Tonnen angelieferter Feuchtsubstanz. Um diese Masse zu trocknen, kommt in gewissem Umfang auch die Abwärme der KVA zum Einsatz. // VON VOLKER STEPHAN

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN

Quelle: Shutterstock / Red ivory

Niederländischer Gasförderer will vor Borkum aufdrehen

GAS. Nur 650 Meter vor der deutschen Grenze will One-Dyas eine neue Gasplattform in die Nordsee bauen. Stellungnahmen sind noch möglich.

Das niederländische Unternehmen One-Dyas will die umstrittene Gasförderung in der Nähe der deutschen Nordseeinsel Borkum weiter ausbauen. Wie das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) mitteilte, plant One-Dyas zusammen mit Partnern, rund 40 Kilometer vor der niederländischen Küste eine sogenannte Satellitenplattform zu errichten. Über eine etwa 14 Kilometer lange Pipeline soll diese dann an eine bereits bestehende Plattform angeschlossen werden.

Ziel des Unternehmens sei es, Erdgas aus den Teilfeldern N04-A und N04-C zu gewinnen. Sowohl die Satellitenplattform als auch die Pipeline und die Bohrungen dafür seien komplett auf niederländischem Territorium geplant. Die Umweltverträglichkeitsprüfung sei daher ausschließlich nach niederländischem Recht vorzunehmen.

Da die Plattform nur 650 Meter von der Grenze zu Deutschland entfernt liege und die Teilfelder N04-A und N04-C bis in den deutschen Sektor der Nordsee reichten, seien grenzüberschreitende Auswirkungen des Vorhabens allerdings nicht auszuschließen. Deswegen werde Deutschland in die Umweltprüfung einbezogen. Stellungnahmen sind bis 5. Juni möglich.

Auch Bohrungen in Deutschland geplant

One-Dyas plant seit längerem auch, unter deutschem Staatsgebiet nahe Borkum nach Erdgas zu bohren. Das LBEG hatte dem Energieunternehmen dafür im August 2024 eine Genehmigung erteilt. Eine Klage der Umwelthilfe dagegen wies das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg vor wenigen Tagen ab (wir berichteten jeweils).

Eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht hat das OVG nicht zugelassen. Dagegen kann aber binnen eines Monats nach dem Urteil Beschwerde eingelegt werden.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

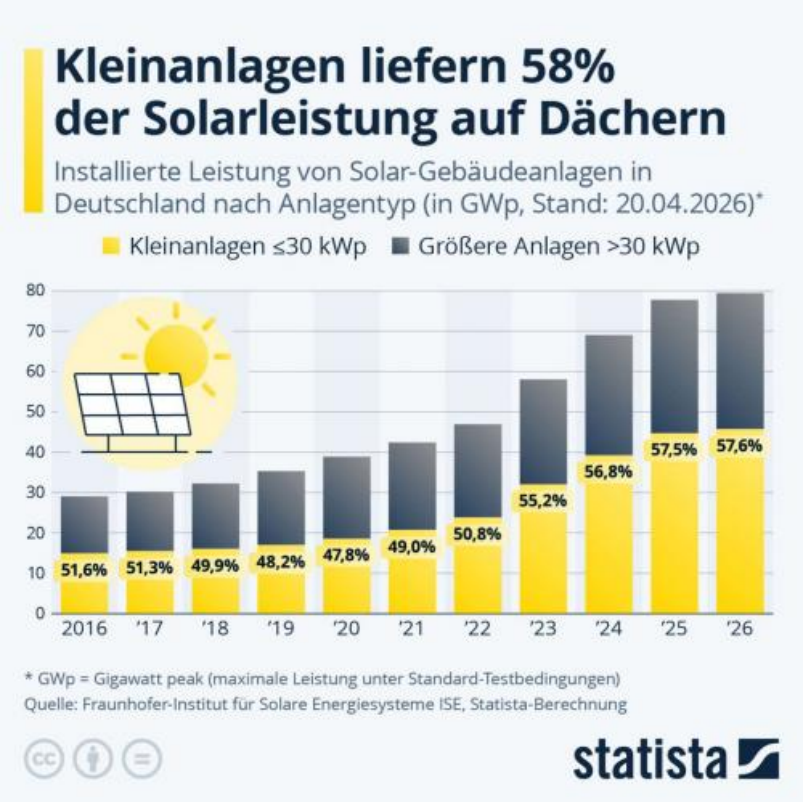
Umweltschutzverbände und Insulaner in Deutschland und in den Niederlanden lehnen das Projekt ab. Sie befürchten Umweltschäden für das benachbarte Unesco-Weltnaturerbe Wattenmeer und sehen Klimaschutzziele in Gefahr. // VON DPA

Zum Inhalt

Kleinanlagen liefern 58 Prozent der Solarleistung auf Dächern

Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken
Quelle: Statista

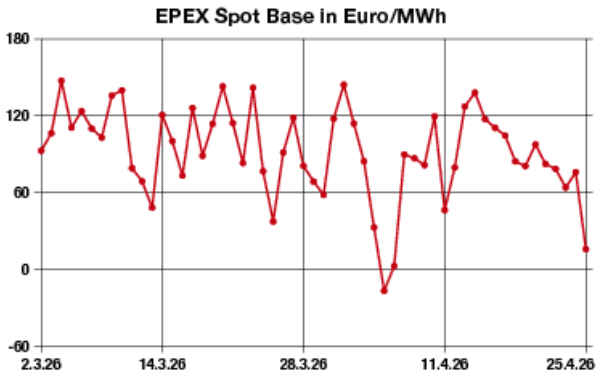
Kleinanlagen treiben den Solarausbau in Deutschland. Von 2019 bis 2026 steigt der Anteil von Anlagen bis 30 kW von 48,2 Prozent auf 57,6 Prozent oder auf 45,7 MW. Das zeigen Daten des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE. Der Ausbau verlagerte sich zuletzt klar auf private Dächer: Zwischen 2022 und 2025 wächst die Leistung dieser Anlagen besonders stark – von 23,8 MW auf 44,7 MW. // VON REDAKTION

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

MARKTBERICHTE

STROM



GAS

Gerüchte und Politik drücken Preise

Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Überwiegend etwas leichter haben sich die Energiepreise vor dem Wochenende gezeigt. Händler verweisen auf die um 90 Tage verlängerte Aussetzung des Jones Acts. Der Schritt erleichtert den Import von Energieträgern in die USA und hat zu stabileren Preisen geführt. Zudem kursierten am Freitagnachmittag Gerüchte, wonach eine iranische Delegation für eine weitere Verhandlungsrunde mit den USA auf dem Weg nach Islamabad sei. Offizielle Bestätigungen der Reise lagen indessen nicht vor. Viele Marktteilnehmer reagierten mit Skepsis auf die Berichte. Die Nachrichtenlage reichte jedoch aus, um Gas, Öl, Kohle und zum Teil auch Strom etwas unter Druck zu setzen.

Strom: Uneinheitlich hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag gezeigt. Der Montag wurde mit 105,00 Euro je Megawattstunde im Base gesehen. An der Börse wurde der erste Arbeitstag der neuen Woche mit 104,25 Euro je Megawattstunde gehandelt.

Am Donnerstag hatte der Freitag selbst im außerbörslichen Handel im Base 76,25 Euro gekostet. Maßgeblich für den Preisanstieg von Freitag auf Montag ist die niedrigere Erneuerbaren-Einspeiseleistung, die für den ersten Tag der neuen Woche erwartet wird. Die Einspeiseleistung soll laut den Meteorologen von Eurowind am Montag 17,9 Gigawatt betragen gegenüber 36,1 Gigawatt an Berichtstag. An den Folgetagen ist laut Eurowind wieder mit anziehenden Einspeiseleistungen der Erneuerbaren zu rechnen. Am langen Ende legte das Stromfrontjahr um 0,62 auf 91,98 Euro zu.

Laut Händlern hat Strom auf die schwächeren Notierungen für Gas und Öl reagiert. Diese stellten sich ein, nachdem die US-Regierung den Jones Act für 90 Tage ausgesetzt hatte, was die Rohstoffversorgung der USA erleichtert. „Die Maßnahme könne auch als Zeichen gelesen werden, dass die USA für den Irankrieg nunmehr einen längeren Zeitraum veranschlagen“, so ein Händler. Dazu passt, dass US-Präsident Donald Trump erklärt hatte, er lasse sich nicht dazu drängen, den Krieg gegen den Iran zu beenden, und die Amerikaner müssten „für eine Weile“ mit höheren Benzinpreisen rechnen. „Ich habe das Land in den ersten vier Wochen militärisch ausgeschaltet“, sagte er Reportern im Oval Office. „Jetzt lehnen wir uns einfach zurück und warten ab, wie der Deal aussieht.“ Insgesamt sei die Stimmung an den Energiemärkten von der Furcht bestimmt, dass ein längerer Konflikt zu massiven Ausfällen bei der Energieversorgung führen wird, so der Händler weiter.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

CO2: Ein wenig fester haben sich die CO2-Preise am Freitag präsentiert. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.32 Uhr 0,22 auf 75,07 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 10,8 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 75,89 Euro je Tonne, das Tief bei 74,19 Euro. Die moderaten Aufschläge dürften eine Reaktion auf die etwas leichteren Notierungen für Gas, Erdöl und Kohle sein.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Erdgas: Ein wenig leichter haben sich die europäischen Gasmärkte am Freitag gezeigt. Der Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 13.37 Uhr 0,325 auf 43,700 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging der Day-ahead um 0,600 auf 45,450 Euro je Megawattstunde zurück. Im frühen Geschäft hatte Erdgas noch mit Aufschlägen notiert. Dann aber folgte Gas Erdöl nach unten, das sich wegen der Aussetzung des Jones Acts gleichfalls auf negativem Territorium bewegte. Bearish auf europäisches Erdgas dürften sich auch neue Wetterprognosen auswirken. Die noch am Vortag vorhergesagten niedrigen Temperaturen sind nunmehr aus den Prognosekarten für die neue Woche verschwunden und haben einer durchschnittlichen bis überdurchschnittlich warmen Witterung Platz gemacht.

// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

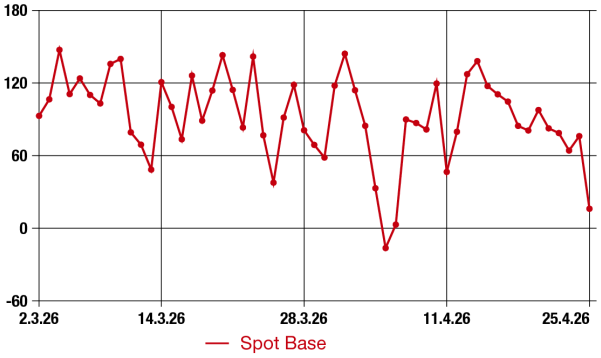
Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

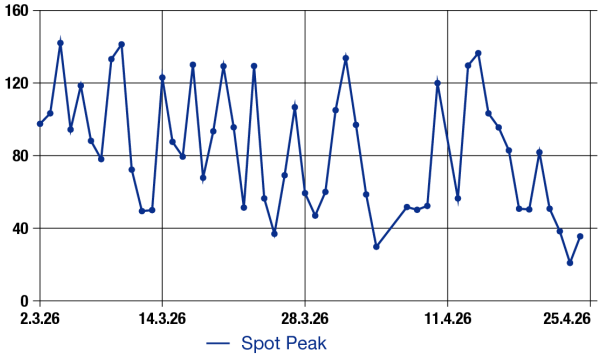
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

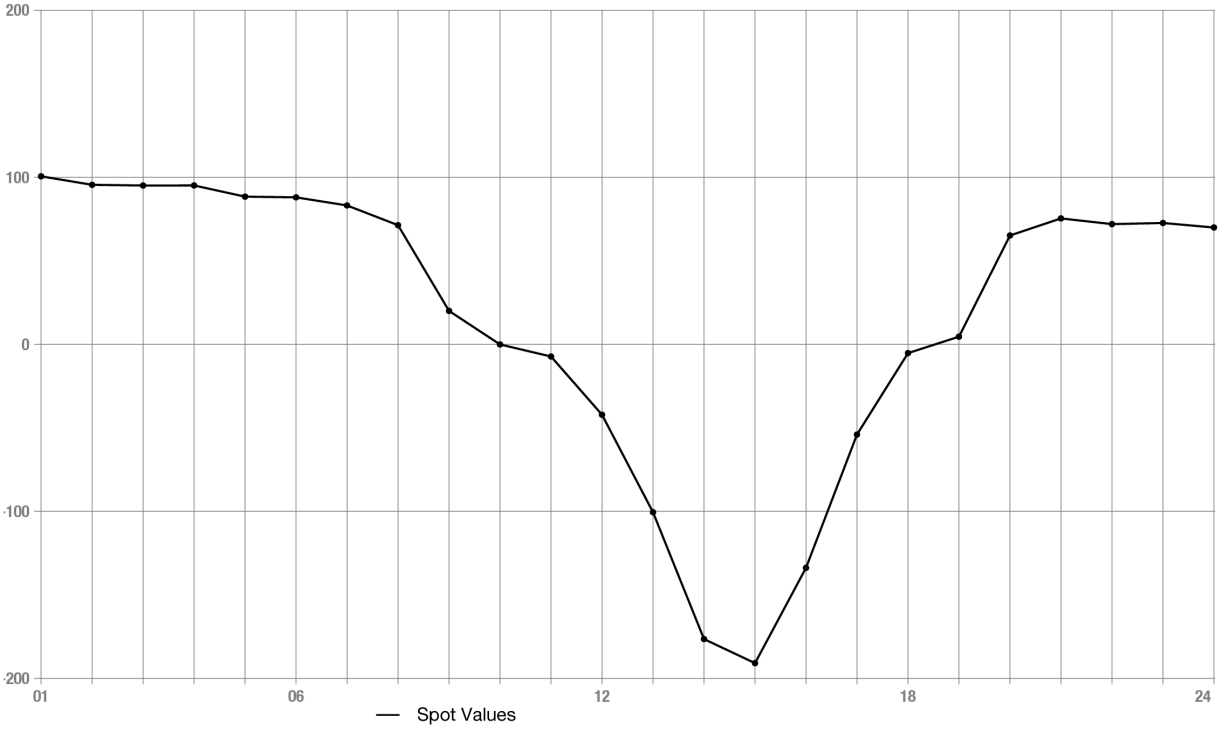
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Strom Terminmarkt

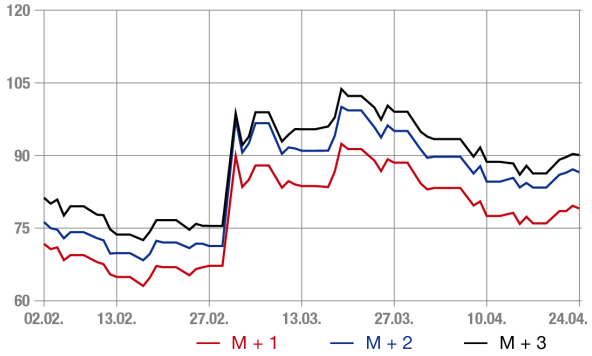
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	24.04.26	German Power Mai-2026	79,05
M2	24.04.26	German Power Jun-2026	86,53
M3	24.04.26	German Power Jul-2026	90,10
Q1	24.04.26	German Power Q3-2026	93,66
Q2	24.04.26	German Power Q4-2026	111,06
Q3	24.04.26	German Power Q1-2027	108,19
Y1	24.04.26	German Power Cal-2027	92,88
Y2	24.04.26	German Power Cal-2028	79,97
Y3	24.04.26	German Power Cal-2029	73,63

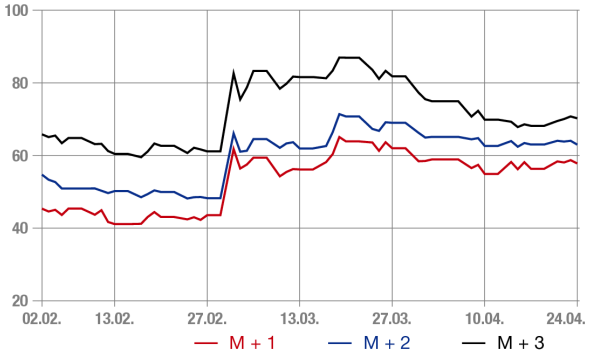
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	24.04.26	German Power Mai-2026	57,81
M2	24.04.26	German Power Jun-2026	62,99
M3	24.04.26	German Power Jul-2026	70,24
Q1	24.04.26	German Power Q3-2026	83,15
Q2	24.04.26	German Power Q4-2026	136,53
Q3	24.04.26	German Power Q1-2027	127,79
Y1	24.04.26	German Power Cal-2027	97,56
Y2	24.04.26	German Power Cal-2028	85,78
Y3	24.04.26	German Power Cal-2029	80,40

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)

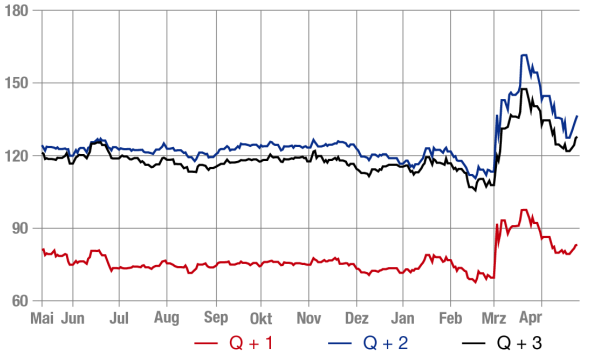


Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)

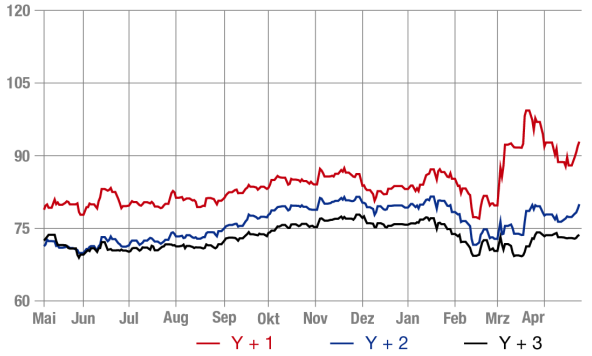


Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)

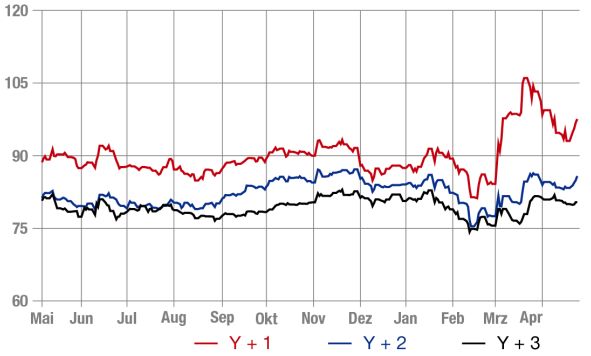
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Gas Spot- und Terminmarkt

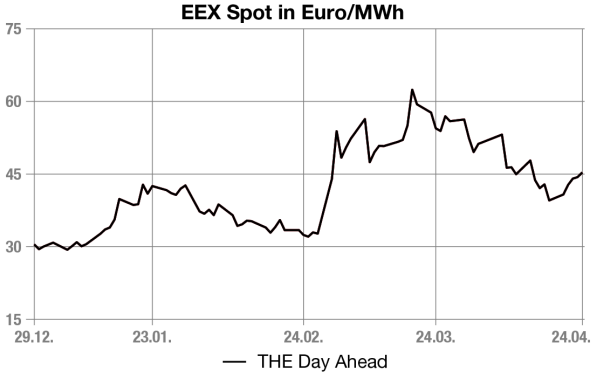
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	24.04.26	German THE Gas Mai-2026	45,32
M2	24.04.26	German THE Gas Jun-2026	45,48
Q1	24.04.26	German THE Gas Q3-2026	45,88
Q2	24.04.26	German THE Gas Q4-2026	46,41
S1	24.04.26	German THE Gas Win-2026	46,09
S2	24.04.26	German THE Gas Sum-2027	37,10
Y1	24.04.26	German THE Gas Cal 2027	39,30
Y2	24.04.26	German THE Gas Cal 2028	30,67

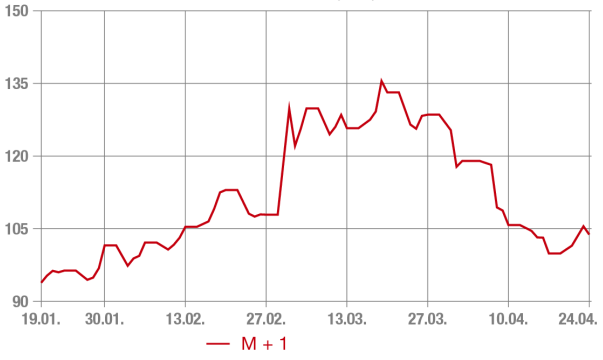
Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	24.04.26	16,13	EUR/MWh
Germany Spot peak	24.04.26	-51,70	EUR/MWh
EUA Mai	24.04.26	73,70	EUR/tonne
Coal API2 Mai 2026	24.04.26	103,80	USD/tonne

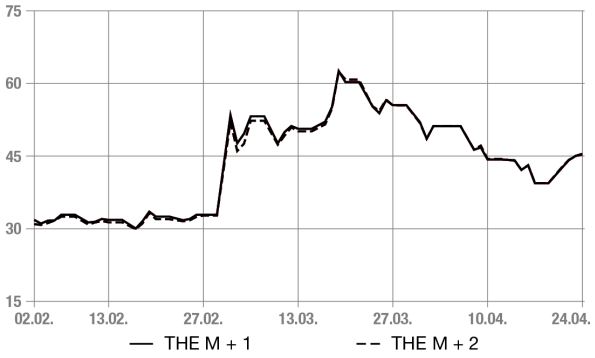
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



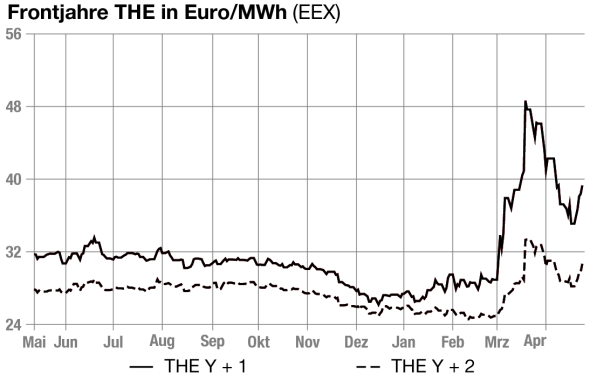
Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



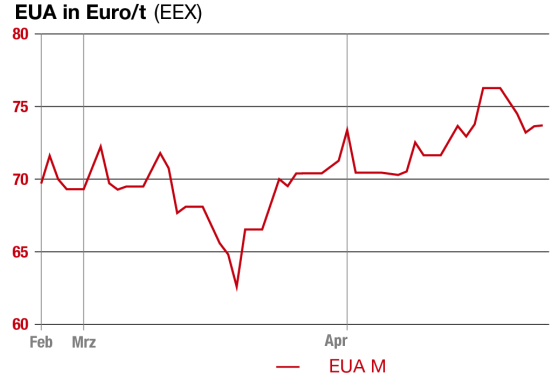
Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	24.04.26	45,33	EUR/MWh
German THE Gas Mai-2026	24.04.26	45,32	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	24.04.26	39,30	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jun-2026	24.04.26	105,33	USD/tonne

Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



EUA in Euro/t (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

E&M STELLENANZEIGEN

Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d)Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026

Kraftwerksmeister*in (m/w/d)

Kraftwerksmeister*in (m/w/d) Jetzt bewerben Ttigkeitsbereich Produktion | Strom- und Wrmeerzeugu...

in Deutschland

vor 2 h

Weiterbildung / Mitarbeiterwohnung / Mitarbeiterrabatte

Facharbeiter*in Kraftwerk (m/w/d)

Facharbeiter*in Kraftwerk (m/w/d) Jetzt bewerben Ttigkeitsbereich Produktion | Ressort Technik Unte...

in Deutschland

vor 2 h

Festanstellung / Ausbildung / Befristete Anstellung Weiterbildung / Mitarbeiterwohnung / Mitarbeiterrabatte

Gärtner / Gärtnergeselle (m/w/d) im Bereich Garten- und Landschaftsbau

Als Meisterbetrieb mit über 50 Jahren Erfahrung in der Gartengestaltung bieten wir ein umfassendes ...

in Krefeld

vor 2 h

Festanstellung / Ausbildung

Gärtner (gn) im Bereich Garten- und Landschaftsbau

Grundgeiger Fachbetrieb für Baum und Garten in Vaihingen an der Enz ist ein innovatives Unternehme...

in Vaihingen an der Enz

vor 2 h

Festanstellung / Freie Mitarbeit Weiterbildung

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting

Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung

Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität

Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE

Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke

Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung

Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke

Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:
Volker Stephan
Manfred Fischer
Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Über E&M
E&M Anzeigen-Vertrieb
E&M Mediadaten
E&M Zeitung
E&M Termine
E&M Shop
E&M Firmendatenbank
E&M Glossar

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH
Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching
Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22
info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Martin Brückner
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: HRB 105 345
Steuer-Nr.: 117 125 51226
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: